

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 3 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 M.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamazeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dg. Pl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Nachdruck und schweriger Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung vor Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Einlegen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 85. Bromberg, Sonnabend den 13. April 1929. 53. Jahrg.

Weltfriede und Wettrüsten.

Amerika und die Verschiebung der europäischen Machtgruppen.

Von Professor Dr. Zarachnath Das-Newyork.

Der bekannte Verfasser kennzeichnet hier, ganz im Sinne der Washingtoner Weltmachtpolitik, einen der Hauptgrundsätze der Vereinigten Staaten, aus dem man wichtige Rückschlüsse auf die amerikanische Gesamthaltung anderen Völkern gegenüber ziehen kann.

Die Schriftleitung.
Kein Amerikaner, der sich mit dem Problem des Weltfriedens den Tatsachen gemäß und unter Berücksichtigung von Vergleichspunkten in anderen Ländern beschäftigt hat, wird den Vereinigten Staaten das Recht auf Verteidigung freitrag machen. Dennoch wird vielfach betont, Amerika sei von keiner Nation bedroht und sein neues Kreuzerprogramm werde bloßes Blut machen und zu einem englisch-amerikanischen Wettrüsten führen, das schließlich einen Krieg auslösen könne. Daher dürfe Amerika keine neuen Kreuzer bauen, selbst wenn die anderen Nationen ihre Flotten weiter vergrößern sollten. Wohlmeinende Leute, die so folgern, wissen nichts von der wirklichen internationalen Lage; würden sie die Situation genau kennen, so würden sie ihre ganze Energie einsetzen, die öffentliche Meinung derartig zu beeinflussen, daß unter ihrem Druck Großbritannien sich gezwungen fühle, seine Flottenstärke auf den Stand der amerikanischen Seemacht herabzudrücken. Die amerikanischen Pazifisten, die das Kreuzerprogramm bekämpfen, unterstützen auf diese Weise den despotischen Anspruch Englands, weiterhin das Meer zu beherrschen; sie arbeiten damit der Weltfriedensidee entgegen.

Es ist notwendig, sich ein klares Bild von dem jetzigen Stand der Weltpolitik und ihrer Beziehungen zu den Flotten- und sonstigen Bewaffnungsprogrammen der verschiedenen Länder zu machen. Als der Weltkrieg beendet war, kamen Clemenceau, Lloyd George und Wilson überein, einen Bund zu schließen, um dem Wortlaut des Versailler Vertrages gemäß Hüter des Friedens zu sein; daher wurde in Paris der englisch-amerikanisch-französische Pakt unterzeichnet. Weil jedoch der amerikanische Senat in sehr kluger Weise sich weigerte, ihn zu bekräftigen, handelte die britische Regierung ebenso, und die Sache wurde aufgegeben.

Daraufhin begannen die britischen Staatsmänner, Frankreichs Hegemonie in Europa und eine dadurch mögliche englisch-französische Rivalität zu fürchten; sie begünstigten daher für eine Weile Deutschland (?) und traten für die Notwendigkeit eines englisch-amerikanischen Zusammengehens ein, um den Weltfrieden zu festigen. Damals war die britische Regierung bereit, das englisch-japanische Bündnis zu lösen. Es kam zur Washingtoner Konferenz. Unnötig darauf hinzuweisen, daß Amerika auf dieser Konferenz leer ausging, während sich England die amerikanische Hilfe sicherte und gleichzeitig die Vereinigten Staaten verpflichtete, ihre Flotte nicht mächtvoller als die englische werden zu lassen.

Während dieser Zeit wiegten sich die britischen Staatsmänner in dem Gedanken eines möglichen englisch-amerikanischen Zusammengehens, das ein wirkungsvolles Mittel gewesen wäre, die britische Oberhoheit in der Weltpolitik zu behaupten und ihre damaligen Rivalen Frankreich, Russland und Japan zu gefährden. Die britische Presse und ihre Agenten betrieben eine anti-japanische, anti-französische und anti-russische Propaganda größten Stils. Den britischen Staatsmännern wurde es jedoch allmählich klar, daß sie sich verrechnet hatten, da Amerika nicht geneigt war, lediglich um Englands willen gegen Frankreich und Japan einzuschreiten. Die deutsche Regierung zeigte sich nicht willig, irgend etwas gegen Russland zu unternehmen. Schließlich erwies es sich, daß Japan seine nationale Würde auch ohne das englisch-japanische Bündnis behaupten konnte. Frankreich aber schloß keine Allianzen mit Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Diese Schutz- und Trutzbündnisse gaben Frankreich unter Umgehung von England eine herrschende Stellung in Europa. Die französischen Diplomaten waren eine Zeitlang sogar bereit, alle Differenzen mit Deutschland zu befeitigen, nur um ein englisch-deutsches Zusammengehen zu verhindern.

Nach dem Sturz der Mac Donald-Regierung revidierten die Tories ihre Außenpolitik, indem sie die englisch-französische Entente und die englisch-japanische Allianz in Asien auf ihre Fahne schrieben. Eine Wiederbelebung der englisch-französischen Entente bedeutete ein Zusammenarbeiten von Frankreich und seinen Verbündeten mit England gegen andere Mächte, besonders gegen Russland und Deutschland; zugleich sicherte ein erneutes Zusammengehen mit Japan England die japanische Hilfe in Asien.

Als Großbritannien die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abbrach, weigerte sich Deutschland, diesem Schritte zu folgen. Dieser Umstand bestimmte die englische Regierung endgültig zu neuer aktiver Zusammenarbeit mit Frankreich. Als Präsident Coolidge es ablehnte, die aggressive britische Politik gegen die Nationalisten-Regierung in China zu unterstützen, und als später die amerikanische Abordnung bei der englisch-amerikanisch-japanischen Flotteneinschränkungs-Konferenz in Genf das britische Kreuzerbauprogramm nicht annahm, durch das England seine Obergewalt über die Meere behauptet hätte, unternehmen die englischen Staatsmänner Schritte, um sich den Beitritt Japans zu sichern; sie gingen sogar so weit, ein neues englisch-japanisches Bündnis anzubieten. Das sind Tatsachen.

Obgleich das sogenannte englisch-französische Flottenabkommen, das wohlbedacht gegen Amerika gerichtet war, offiziell aufgegeben worden ist, besteht nicht der geringste Zweifel, daß die englisch-französische Entente heute fester ist als je. Man kann ziemlich sicher annehmen, daß Pläne für ein englisch-französisches Militär- und Flotten-Zusammenwirken in Asien, Europa und anderen Teilen der Welt gegen vermutete Feinde ausgearbeitet wurden und

werden, ebenso wie im Jahre 1906 der britische und der französische Generalstab gemeinsame Kriegspläne gegen Deutschland ausgearbeitet haben. (Siehe Lord Balfours Memoiren in der Londoner „Times“ vom 16. Januar 1929.)

Nehmen wir beispielsweise an, daß infolge irgend welcher ernstlichen und unerwarteten Entwicklungen — sei es in Afghanistan, Persien, der Türkei, Sowjet-Rußland oder auf dem Balkan — Großbritannien in einen Krieg verwickelt würde, in den Frankreich mit seinen europäischen Verbündeten und Japan helfend eingriffen, und nehmen wir ferner an, diese Mächte wollten den Krieg unter dem Grundsatze unbeschränkter Blockade führen, d. h. ihre Feinde so lange aushungern, bis sie sich ergäben, während Amerika sich weigerte, dies mitzumachen, mithin von Großbritannien und seinen Verbündeten forderte, sein Recht als Neutraler, Nicht-Konterbande-Handel zu treiben, zu achten: würde dann die jetzige amerikanische Flotte, die der englischen weit unterlegen ist, im Stande sein, Amerikas internationalen Handel zu schützen? Sie würde es nicht sein! Die Vereinigten Staaten würden also einer ähnlichen Situation gegenüber stehen wie in den Jahren 1812 und 1817 und gezwungen sein, um die Behauptung ihrer neutralen Rechte zu kämpfen.* Großbritannien wird sich keinem Schiedsgericht unterwerfen. Im Hinblick hierauf sollte kein Amerikaner vergessen, daß die amerikanische Regierung vor etwa 15 Monaten die britische Regierung aufgefordert hat, den Schiedsgerichtsvertrag zwischen ihren beiden Ländern zu erneuern. Aber bisher hat das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten noch keine entsprechende Antwort erhalten!

Amerika wünscht und braucht nicht die größte Flotte der Welt, um andere zu beherrschen, wie es Großbritannien früher getan hat; aber es will auch nicht auf gut Glück seinen Handel und andere Interessen, die es in der ganzen Welt hat, aufs Spiel setzen. Senator Borah war durchaus im Recht mit seiner Behauptung, daß, wenn Großbritannien und die anderen Völker nicht darin übereinkämen, jene Grundsätze des Seerechts anzunehmen, welche die neutralen Rechte schützen, Amerika nicht 15, sondern 50 Kreuzer benötige. Sollte Senator Borahs Vorschlag nicht vor der Washington-Konferenz im Jahre 1921 zur Ausführung kommen, dann könnte sich Amerika einer englisch-französisch-japanischen und vielleicht auch italienischen Verständigung über das Seerecht gegenüber sehen, die im Gegensatz zur amerikanischen Lehre und Auffassung neutraler Rechte steht.

Die meisten amerikanischen Pazifisten arbeiten sentimental und ohne Weltkenntnis. Sie sehen nicht die harten und nüchternen Tatsachen im Falle einer Verletzung des neutralen Rechtes. Wenn diese Pazifisten ernstlich den Weltfrieden erstreben, so sollten sie Englands Regierung und Volk dazu bringen, die Notwendigkeit der „Freiheit der Meere“ einzusehen, wie sie Senator Borah ausgesprochen hat, mithin die englischen Seestreitkräfte auf den Stand der jetzt bestehenden amerikanischen Flotte herabzudrücken, um nicht einen neuen Weltkrieg heraufzubeschwören, der durch die Taktik einer Erneuerung des englisch-französisch-japanischen Bündnisses ausbrechen kann.

* Anmerkung: Diese — amerikanischer Denkweise entsprechende — Äußerung ist falsch. Die Vereinigten Staaten haben im Weltkriege nicht neutral und der neutralen Rechte wegen gehandelt, sondern von vornherein die Entente gefördert und schließlich ihres bedrohten Kriegsgeschäftes wegen sich auch unmittelbar am Kampfe beteiligt.

Entscheidung erst Sonnabend oder Montag.

Warschau, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Annahme, daß der gestrige Tag die endgültige Entscheidung der maßgebenden Faktoren in der Frage der Liquidierung der Kabinettskrise bringen werde, hat sich nicht bestätigt. Die Krisis dauert an, und ihre Beilegung kann erst in zwei oder drei Tagen erfolgen. Für den heutigen Tag sind irgendwelche Entscheidungen nicht zu erwarten, es kann sein, daß sie am Sonnabend oder auch erst am Montag fallen werden.

Einen bedeutenden Schritt vorwärts in der Richtung der Liquidierung der Krisis bedeutet die Konferenz, die gestern im Generalinspektorat der Armee in den Abendstunden stattfand und an der der Präsident der Republik, Marschall Pilsudski und Ministerpräsident Bartel teilnahmen. Die Konferenz dauerte 3 1/2 Stunden. In politischen Kreisen wurde unverzüglich darauf das Gerücht verbreitet, daß den Gegenstand allseitiger Erwägungen aktuelle Wirtschaftsprobleme und deren enger Zusammenhang mit der Bildung der neuen Regierung gebildet hätten. Wie man hört, handelte es sich hauptsächlich um das Portfolio des Finanzministers. Man war sich darüber einig, daß es die gegenwärtige Wirtschaftslage des Landes erfordere, daß das Ressort der Staatswirtschaft einer starken und sachkundigen Hand anvertraut werde. Es ist jedoch nicht bekannt geworden, ob der Name des Kandidaten für das Portfolio des Finanzministers erwähnt wurde, unbekannt ist es auch, ob man die Kandidatur des eventuellen Ministerpräsidenten der neuen Regierung in Erwägung gezogen hat. Im Gegenteil behauptet man, daß man über die Person des künftigen Ministerpräsidenten überhaupt nicht beratschlagt habe. Dies läßt den Schluß zu, daß alle bisherigen Meldungen über die Zusammenfassung der neuen Regierung der Wahrheit nicht entsprechen. Freilich ist es nicht ausgeschlossen, daß einige bis jetzt erwähnte Namen tatsächlich auf die wirkliche Liste der neuen Kabinettsmitglieder gesetzt werden.

Im Zusammenhang mit dem in einigen Sanierungsblättern veröffentlichten Artikel des Ministerpräsidenten Bartel ist die Meinung aufgetaucht, es sei möglich, daß Ministerpräsident Bartel seine Entscheidung über den Rücktritt von dem Posten des Regierungschefs einer Revision unterziehen werde. Andererseits werden jetzt als Kandidaten für den Posten des Chefs der neuen Regierung die Generale Sosnkowski, Skladkowski und der polnische Gesandte in Moskau Stanislaw Patel genannt.

Patel bei Marschall Pilsudski.

Warschau, 12. April. (Eigene Meldung.) Gestern mittag wurde der polnische Gesandte in Moskau, Minister Stanislaw Patel, im Generalinspektorat der Armee von Marschall Pilsudski empfangen, der mit Patel eine längere Konferenz abhielt.

Beschlagnahme von Oppositionsblättern.

Warschau, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Anordnung des Regierungskommissariats wurden gestern folgende Zeitungen beschlagnahmt: der „Robotnik“ wegen eines unter der Überschrift „Der Nagel zum Sarge“ erschienenen Artikels und wegen eines Berichts über eine Tagung der Polnischen Sozialistischen Partei im Dabrowaer Gebiet, ferner die „Pobudka“, der „Kurjer Niedzielny“, „Wyzwolenie“, die „A. B. C.“ und der „Szandar Chlopiski“, die Artikel gebracht hatten, welche der politischen Lage im Lande gewidmet waren.

Allgemeine Unruhe.

Aus Warschau wird dem „Kurjer Pozański“ am 11. April gemeldet: General Sosnkowski, der vor einigen Tagen ins Ausland gereist war, ist nach Warschau zurückgekehrt worden.

Gestern beriet auch der Hauptvorstand der Bauern-Partei und nahm eine Resolution an, die den Artikel Pilsudskis scharf kritisierte und sich mit der Bitte an den Staatspräsidenten wendet, er möchte in dieser für Polen schwierigen Stunde eine Regierung berufen, die dem Lande eine normale Arbeit sichert.

Das Zentralkomitee der PPS fasste folgende Entschließung: „Die Reden, Ausführungen und Artikel des Kriegsministers, die systematisch von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden und das ganze polnische Volk, die staatlichen Einrichtungen und einzelne Bürger herabsetzen, haben gewissermaßen einen amtlichen Charakter und verursachen deshalb dem polnischen Staate und einzelnen Personen schweren Schaden. Das Zentral-Exekutivkomitee erklärt, daß die PPS bis zum äußersten die republikanisch-demokratische Verfassung und die Volkswahlrechte, sowie die staatlichen Einrichtungen, die durch die Ankündigung, ihre Tätigkeit einzuschränken, bedroht sind, verteidigen werde.“

In der gleichen Nummer des „Robotnik“ liest man in einer Polemik gegen einen Artikel des Hg. Mackiewicz über das Thema „Ein zweiter Staatsstreich“ u. a.: „Am Vorabend bzw. am Tage der Entscheidung des Präsidenten der Republik und in den Tagen der Drohungen, die von den Sanierungszeitungen ausgehen, in den Tagen frecher Mißbräuche und lügnischer Nachrichten sagen wir offen vor dem Volke, daß der Artikel Pilsudskis die Tragödie Polens ist und daß der Staatsstreich die Katastrophe, die Revolution sein würde —, mag das nun sofort geschehen, in einer Woche oder in einem Monat — das bleibt sich gleich.“

Die Stimmung im Sejm.

Warschau, 12. April. (Eigene Meldung.) Im Sejmgebäude herrscht auch weiterhin eine lebhaftere Atmosphäre, und es finden zahlreiche Zusammenkünfte der Opposition statt. In den Wandelgängen beraten kleinere und größere Gruppen von Abgeordneten unter Teilnahme der aktiven Politiker im Parlament, wie Thugutt und Kolodziejcki. Lebhaften Anteil an den Beratungen nehmen u. a. Rataj, Niedzialowski, Wyrzykowski, Kordecki, Smola u. a. m. Gestern fand eine Beratung zwischen dem Sejmarschall Dajzyński und dem Vizemarschall Fürst Czetwertyński statt.

Die Beratungen und Diskussionen bezogen sich auf die Lage, die sich durch den Artikel des Marschalls Pilsudski herausgebildet hat. Wie jetzt auch der konservative „Dzien Polski“ nach den augenblicklich herrschenden Stimmungen urteilt, ist es nicht zu erwarten, daß der Sejm irgendetwas in dieser Sache unternimmt.

Ergebnislose Paztkonferenz.

Warschau, 12. April. Im Finanzministerium fand dieser Tage eine Konferenz der Vertreter der interessierten Ministerien in der Frage der Auslandspässe statt. Man beratschlagte über eine Reihe von Projekten über die Änderung des gegenwärtigen Systems der Ausfolgung der Pässe, sowie über die Höhe der Gebührensätze. U. a. lag ein Projekt vor, die grundsätzliche Gebühr, unter Beibehaltung der ermäßigten Pässe, auf 125 Zloty herabzusetzen, ein anderes Projekt sah die Einführung einer einheitlichen Gebühr von 100 Zloty für alle Pässe ohne Ausnahme (!) vor. Wie der „Zustromany Kurjer Codzienny“ mitteilt, ist eine Verständigung noch nicht erzielt worden.

Nachklang von Baranowitsche.

Warschau, 12. April. (Eigene Meldung.) Wie aus Baranowitsche gemeldet wird, hat der dortige sowjetrußische Konsul den Behörden mitgeteilt, daß die Sowjetgesandtschaft auf dem Graben Aspanajewitsch einen solchen Grabstein ohne alle staatlichen oder religiösen Embleme errichten werde. Außerdem sei der Beschluß gefaßt worden, der in Polen ansässigen Familie Aspanajewitsch eine Unterstützung zukommen zu lassen. Im Namen des schwerverletzten Polizeibeamten Kuchartowski ist eine Zivilklage gegen die Sowjetregierung auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 300 000 Zloty eingebracht worden. Die Angehörigen des ermordeten Paztkonferenzteilnehmers Zelazkowskij fordern 150 000 Zloty Schadenersatz.

Bartel als Pilsudskis Gefundant.

Der Schwanengesang des Ministerpräsidenten ist ein Angriff gegen den Sejm.

In der heutigen Ausgabe des „Kurjer Wileński“ ist ein Artikel des Ministerpräsidenten Prof. Dr. Bartel erschienen, der die letzten Ereignisse im Sejm beleuchtet. Nachfolgend geben wir den Artikel in deutscher Übersetzung wieder:

Ich gestehe ein, daß ich, als man mich im Herbst 1922 in den Sejm der Republik gewählt hatte, über diese neue Würde, Tätigkeit oder Funktion sehr frap্পiert war. Ich interessierte mich sehr für öffentliche Fragen und nahm an ihnen lebhaften Anteil; ich hatte lebhafteste Arbeit auf dem Gebiet des akademischen Lebens im Verein der Volkshochschule, im Schützenverband geleistet, ferner die Arbeit in drei Kabinetten als Minister während des Weltkrieges und im Rat der Staatsverteidigung, — aber die Abgeordnetenarbeit lag mir fern und außerdem, ich gebe dies aufrichtig zu, zog sie mich durchaus nicht an. Sie zog mich nicht an, denn zunächst wußte ich nicht, was man das macht. Ich hatte eine alte Abneigung zum Sejm, dem polnischen Parlament und das Verhältnis des sogenannten „gesetzgeberischen Sejm“ gegenüber dem Staatsoberhaupt hielt ich für

so leichtsinnig und ungerecht.

Daß es meine ständige Enttäuschung anläßt. Der Sejm, dessen politischer Verstand zur Beherrschung des Haßes nicht anreichert, distanzierte eine Konstitution, die gewissermaßen als einseitiges Protokoll gegen den Marschall Józef Pilsudski geschrieben war, dieser Sejm ermunterte mich nicht zur parlamentarischen Arbeit. Die langen Studienjahre und der Beruf eines Professors an der Universität auf dem Gebiet der reinen Wissenschaften haben in mir eine gewisse Vorsicht bei der Fällung endgültiger Urteile über neue und nicht durchstudierte Fragen herausgearbeitet. Ich zog daher in den Sejm mit der Absicht ein, um meine Beobachtungen, die ich über diese Institution in ihrer ersten Ausgabe im Laufe eines vollen Jahres als Eisenbahningenieur gemacht hatte, zu ergänzen.

Frappiert war ich vor allem durch die Menge der Leute, die ihr Urteil auf das faktenreiche und entscheidende zum Ausdruck brachten. Da nahmen Leute, die nicht vollkommen gebildet, aber auch nicht erfahren waren, eine Polemik mit erprobten Ressortbeamten mit einer derartigen nicht ausgeführten Selbstsicherheit auf, daß sie mich in Entsetzen versetzten.

Ich vermochte weder diese Dreistigkeit, noch jene Aufgeblahenheit zu verstehen.

Die Stellung des Abgeordneten sollte nach der Auffassung sehr vieler meiner Kollegen gewissermaßen vollständig privilegiert sein; mein Verhältnis dagegen zu der Abgeordnetenfunktion gestaltete sich mitnichten, mich auf die Abgeordnetenwürde zu beziehen, ähnlich wie ich mich niemals mit der Zugehörigkeit zum Politischen Verein, zum Schützenverband u. a. m. legitimierete. Ich war der Meinung, und wie es mir scheint, vielleicht ein wenig zu Recht, daß die Betonung der Abgeordnetenämterlichkeit mich in eine Reihe mit meinen Abgeordneten-Kollegen stellt, auf die ich demselben kritisch herabsehen mußte und deren Seelenverfassung meine Sympathien nicht erweckte. Ich wollte mich nicht zu den Leuten rechnen, die, sagen wir — denn auch solchen begehrte ich unter den Abgeordneten — mangels anderer Qualifikationen oder auch aus Mangel an Lust für die staatsrechtliche berufsmäßige die Last der Sorge um das Wohl und Glück des Staates auf sich genommen haben. Ich schickte mich daher, daß man mich als einen solchen berufsmäßigen Vorkämpfer der Bürger und berufsmäßigen Kontrolleur der Verwaltung ansieht.

Nach einer gewissen Zeit bemerkte ich, daß die Ausübung des Abgeordnetenmandats

auf gewisse junge Leute zu wirken beginnt,

und zwar auf diejenigen, die zu dieser Tätigkeit aus Mangel an Kompetenzen, Talenten oder Lust zu anderen Beschäftigungen in einer sehr artigen Weise ihre Zukunft ergriffen haben. Ich begann, mich mit dem polnischen „Parlamentarismus“ und seinen Mängeln zu beschäftigen. Eine kleine Gruppe meiner Freunde im Sejm und Senat war mir dabei behilflich. Meine Ermüdigungen gewannen an Aktualität, als man mich am 15. Mai 1926 mit der Bildung der Regierung betraute. In den Umständen, die sich auf diese Weise herausgebildet hatten, war es an mir, mein Verhältnis zum Parlamentarismus öffentlich und klar zum Ausdruck zu bringen. Ich tat dies wiederholt in meinem im Sejm gehaltenen Reden.

Ohne das Wesen des Parlamentarismus zu negieren, habe ich einen kritischen Standpunkt zu den „Sejm-Gewohnheiten“ eingenommen, indem ich feststellte, daß wir statt der demokratischen Struktur

eine eigene Form der Oligarchie

befäßen. Nichtsdestoweniger legte ich jedoch das Abgeordnetenmandat nicht nieder, um auf diese Weise mit der Tat zu beweisen, daß ich grundsätzlich Anhänger der parlamentarischen Struktur bin, und dies bis zu einer Zeit, in der mir irgend jemand eine andere, bessere und sicherere Staatsstruktur nennen wird. Ich selbst konnte bisher für unsere Verhältnisse eine solche (bessere) Struktur nicht erfinden.

Drei Jahre der Arbeit als Minister hindurch, in der nach-Mai-Periode, vereinigte ich die Rolle eines Mitgliedes der Regierung mit der Rolle eines parlamentarischen. Die Ereignisse der letzten Monate brachten mir wiederum, und zwar in einer sehr aufdringlichen Weise die Aktualität der Erwägungen über das gesamte Verhältnis der gesetzgebenden und der vollziehenden Behörden in Erinnerung. Jemand wann denke ich, in nicht zu ferne Zukunft, werde ich meine Erlebnisse während der letzten drei Jahre als Minister und Abgeordneter im Druck veröffentlichen.

Ich habe nichts zu verheimlichen, aber nur so mehr zu sagen.

Die Höhe der Auflage wird sich nach der Zahl meiner Gegner richten, deren Zahl unter meiner bewußten Mitwirkung fast mit jedem Tage gestiegen ist. Die Autoren-Exemplare genügen für die Freunde.

Für heute halte ich es für notwendig, mich über

die letzten Kämpfe

schon nicht mehr der Regierung mit dem Sejm, aber umgekehrt (des Sejms mit der Regierung) auszusprechen. Das Budget für das Jahr 1927/28 wurde im Teil der Schätzungs- und Investitionsausgaben um über 500 Millionen überschritten. Es ist verständlich, daß diese auf Grund der Beschlüsse des Ministerrats gemachten Überschreitungen einer nachträglichen Befestigung durch das Parlament bedürfen. Diese in den Sitzungen der Haushaltskommission aufgeworfene Frage veranlaßte mich zu meiner grundsätzlichen Erklärung über mein Verhältnis zu den Rechten des Sejm. Ich sagte damals — und dieser Ansicht bin ich auch heute noch, und ich werde bei dieser Ansicht bleiben — daß ich das volle Recht des Sejm zur Budgetkontrolle und zur Kontrolle über die Finanzwirtschaft der

Regierung anerkenne, daß ich eine solche Kontrolle, falls es eine solche nicht geben würde, fordern müßte. Ich kündigte an, daß die Bemühungen des Finanzministeriums, die Budgetwirtschaft in Ordnung zu bringen, in aller nächster Zukunft durch die Vorlegung der Rechnungsabschlüsse für die Jahre 1924/27 ihren Ausdruck finden werden. Ich kündigte an, daß die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1927/28 in den nächsten Tagen der Obersten Staatskontrollkammer vorgelegt werden würden, daß zusammen mit ihnen als Abrechnungsgrundlage die Budgetüberschreitungen für diesen Zeitabschnitt auch dem Sejm zugehen werden. Ich stelle fest, daß der Sejm durch seinen am 3. Dezember 1928 gefaßten Beschluß diese meine Erklärung zur Kenntnis genommen und damit bestätigt hat. Auf diese Weise hat er die Tatsache, daß ihm bis jetzt die Budgetüberschreitungen nicht vorgelegt wurden, anerkannt und den Termin zur Einbringung eines zusätzlichen Finanzgesetzes durchaus nicht festgelegt.

Entgegen diesem Standpunkt des Sejm hat die vereinigte Sejm-Opposition bald darauf

den Finanzminister Gzechowicz in den Anklagezustand und vor den Staatsgerichtshof gestellt.

Im Augenblick der Aktion gegen den Finanzminister gab ich der Solidarität der Regierung mit ihm Ausdruck, in dem Sinne, daß die ganze Regierung bereit ist, die Verantwortung für die nach Ansicht der Sejm-Mehrheit strafwürdige Tätigkeit des Finanzministers zu tragen. Diese Solidarität konnte doch nicht anders verstanden werden. Das Recht, einen Minister oder auch die Regierung vor den Staatsgerichtshof zur konstitutionellen Verantwortung zu ziehen, steht bekanntlich ausschließlich dem Sejm zu. Wir bekannnen uns nicht schuldig und wandten uns an den zuständigen Profurator d. h. an den Sejm, doch der Sejm hat dieses Determinis mit Rücksicht abgelehnt.

Das Verhalten der Sejm-Mehrheit in Sachen des Herrn Gzechowicz ist derart unerhört, ungerecht und dabei so geringfügig und so kleinlich, daß es wahrlich niemals als ein Sieg der Idee der parlamentarischen Struktur anerkannt werden wird. Ich empfinde Bedauern darüber; denn ich weiß,

ja ich weiß es besser als die Mehrzahl der Herren Abgeordneten, wie lang, mühselig und voller Anstrengungen der Weg ist, den Polen zurücklegen muß, um auf einem festen Boden stehen zu können.

Die letzten Sejm-Siege sind kein Sieg des Parlamentarismus, sie sind eine Niederlage. Worauf beruht das Unrecht, daß der Sejm dem Parlamentarismus zugefügt hat? Auf seiner Kleinlichkeit, auf seiner Gier nach einem leichten Siege entgegen der Logik, ja sogar entgegen den Bedingungen des Kampfes.

Als der Sejm am 3. Dezember 1928 die Erklärung des Ministerpräsidenten zur bestätigenden Kenntnis nahm, daß die Regierung entsprechend den Bestimmungen der Verfassung und des Finanzgesetzes unabhängig von den Rechnungsabschlüssen die Zusatzkredite für das Budgetjahr 1927/28 zur gelegentlichen Befestigung vorlegen werde, konnte er von der Regierung schon an diesem Tage, als er die Anklage gegen Herrn Gzechowicz aufnahm, statt dieser Anklage die Vorlage dieser Zusatzkredite in einem genau festgelegten Termin fordern. Infolge dieser Forderung nicht Rechnung getragen worden, so hätte der Sejm die Regierung zur parlamentarischen Verantwortung ziehen, ihr das Mißtrauensvotum aussprechen und dieses Mißtrauensvotum allen Regierungen der Reihe nach erteilen müssen, die der Forderung des Sejm nicht entsprechen.

Doch für den Staatsgerichtshof gab es in diesem Stadium der Sache keinen Platz.

Keinen Platz vom Gesichtspunkt wiederum der Interessen des Parlamentarismus aus betrachtet. Die Urteile des Staatsgerichtshofs können weder durch die gesetzgebende, noch durch die Vollzugsbehörde geändert werden. Nehmen wir an, daß der Staatsgerichtshof Herrn Gzechowicz von Schuld und Strafe freispricht. Er enthält auf diese Weise die Entlastung für seine Tätigkeit, und der Sejm muß, selbst wenn er einer anderen Ansicht sein sollte, diese Tatsache anerkennen. Der Sejm überträgt einen Teil seiner Rechte — nach meiner Meinung unbewußt oder auch bewußt, getragen vom Strome des Haßes — auf den Staatsgerichtshof. Freilich kann der Staatsgerichtshof den Standpunkt des Sejm dadurch korrigieren, daß er die Erleichterung der Sache mit den Budgetüberschreitungen aus dem Jahre 1927/28 durch den Sejm abwartet. War dies die Absicht der Sejm-Mehrheit, so war der Beweggrund einer solchen Handlung sicher nicht eine höhere Rücksicht.

Die Inkonsequenz, mit der der Sejm in Sachen des Herrn Gzechowicz vorging, beweist, daß er sich in einer Entwicklung seiner Tätigkeitsmethoden dort befindet, wo er sich um die Mitte des Jahres 1926 befand. Er hat nichts gelernt und hatte auch nicht die Absicht, etwas zu lernen. Vor der eigenen polnischen neuzeitlichen Traditionen schöpft er seine Kraft aus den schließlichen bankrott gewordenen fremden „Heiligtümern der Nichtkompetenz“ (?). Er konnte sich nicht in der geringsten Weise zu einer Organisierung seiner Arbeit ansträngen und verlor darum eine Menge Kräfte mitunter zum großen Schaden für den Staat. Das Parlament ist nach meiner Auffassung nicht nur ein Ort zum Reden (gadalinia), es ist auch nicht ausschließlich eine gesetzgeberische Einrichtung und zur Kontrolle der Regierung berufen.

Das Parlament soll vielmehr eine Schule sein,

die den Staatsgedanken pflegt und erzieherisch auf das ganze Volk einwirkt und damit zugleich auch auf die Abgeordneten. Es gibt doch keine Unversität, wo die Abgeordneten oder Minister ausgebildet werden. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß der Prozeß der Hebung des polnischen Parlamentarismus auf das richtige Niveau keine Fortschritte gemacht hat. Aus der Unterscheidung zwischen dem Wesen des Parlamentarismus und der Sejm-Praxis und deren verschiedenen Erscheinungsformen entspringt meine Auffassung von den Aufgaben des Chefs der Regierung gegenüber dem Sejm. Als ein Mann, der den Unterricht berufsmäßig ausübte, wandte ich in meiner Tätigkeit auf dem parlamentarischen Gebiet gewisse Methoden an, die sich auf diese meine Auffassung stützen. Ein Chemiker, der aus einer Reihe von Elementen bestimmter Zusammenfügung entweder für Unterrichtswecke oder auch für praktische Zwecke Nutzen ziehen will, kann nicht auf unangenehme Eindrücke reagieren und darf sich auch nicht von dem Gedanken beherrschten lassen, daß die Wirkungen der vorgenommenen Reaktionen eventuell der Gesundheit schädlich sein könnten. In dem Maße, in dem ich mich mit den unangenehmen Eigentümlichkeiten der Praxis des Sejm vertraut machte, machte ich mich in gewissem Sinne unempfindlich für die sich wiederholenden Erscheinungen dieser Praxis und hatte nur ständig das Ziel im Auge, zu dem ich hinstrebte und den Weg, d. h. die Methoden, die zu diesem Ziele führten. Eines der grundlegenden Elemente dieser Methode war nach meiner Auffassung

die gegenseitige Aufrichtigkeit und Loyalität der staatlichen Faktoren,

des Sejm und der Regierung, bezüglich derjenigen Aufgaben, deren Erfüllung von ihrer Zusammenarbeit abhängig ist. Der Mangel dieser Elemente mußte notwendigerweise die Tätigkeit des Sejm und der Regierung nicht zu einer Linie hinführen, die in kürzerer oder weiterer Entfernung zusammenkommt, sondern auf Linien, die überhaupt keinen gemeinsamen Punkt haben. In diesem letzteren Falle konnte der Zweck der Existenz und der Tätigkeit des Sejm und der Regierung niemals erreicht werden, und alles mußte dazu führen, sich in gewissem Sinne gegenseitig zum Narren zu halten, oder es mußte einen Kampf der beiden staatlichen Faktoren untereinander auslösen, die doch, losgerissen vom Leben, keinen eigenen absoluten Wert in sich hatten. Meine Auffassung der Zusammenarbeit der Regierung und des Parlamentes fand, wie es mir scheint, nicht den ausreichenden Widerhall im polnischen Sejm, was selbstverständlich nicht anregend zu wirken vermochte. Wenn auch in den entscheidenden Kreisen außerhalb des Sejm sich die Überzeugung von der Fruchtlosigkeit der geduldbigen Taktik festsetzen sollte, die auf eine längere Sicht berechnet war, um daraus den wirklichen polnischen Parlamentarismus aus dem jetzigen rein larvenmäßigen oder in entarteter Form bestehenden Zustand herauszuschälen und wenn der Glaube an die Möglichkeit vielleicht etwas anderer Methoden überwiegen sollte, so würde ich, der ich an die eigene Arbeitsmethode gebunden bin, nicht mit der nötigen und erforderlichen Vehemenz mich zu einer anderen Konzeption bekehren können, und ich wäre dann auch nicht ein guter Ausführender derselben.

In den Nachkriegsverhältnissen Europas entstand eine gewisse Reizung, den Parlamentarismus abschaffen zu beabsichtigen. Es ist — ich betone dies — das große Verdienst des Marschalls Pilsudski, daß er von dem Moment der Erlangung der Unabhängigkeit an manchmal sogar entgegen der Erwartung selbst der ihm nächsten Männer und Gruppen (und zwar solcher, die das heute verzeihen haben) ständig und vielfach den Weg bereitet hat für die Entstehung und Begründung eines gesunden Parlamentarismus in Polen. Wer die Tätigkeit des Marschalls in dieser Beziehung anders auffaßt, der versteht sie meiner Ansicht nach überhaupt nicht. Kazimierz Bartel.

Die Unternehmung gegen Gzechowicz.

Warschau, 12. April. Gestern vormittag fand eine Sitzung des Staatsgerichtshofs statt, in der auf Grund des Gesetzes über den Staatsgerichtshof das Tribunal im Einvernehmen mit dem Obersten Gericht die Führung der Unternehmung in Sachen des ehemaligen Finanzministers Gzechowicz dem Richter des Obersten Gerichts Stanislaw Jaksel übertrug wurde. Richter Jaksel wurde unter drei Kandidaten gewählt, die das Oberste Gericht dem Staatsgerichtshof in Vorschlag gebracht hatte.

Hindenburgs Erkrankung.

Kein Grund zu Besorgnissen.

Wie die „Danz. Ztg.“ aus Berlin erfährt, waren dort am Mittwoch abend alarmierende Gerüchte über eine neuerliche Verschlechterung im Befinden des Reichspräsidenten angelautet. Wie am zuständigen Stelle verlautet, trifft das erkrankende Urteil zu. Der Reichspräsident ist Konvaleszent und, was bei seinem hohen Alter nicht weniger verwunderlich ist, durch den Grippeanfall der Dierstige noch etwas geschwächt. Doch macht sein Befinden, wie versichert wird, langsame aber stetige Fortschritte. Es ist unzutreffend, von einer Abgabe der Empfänge beim Reichspräsidenten für die nächsten Tage zu reden. Die Empfänge hat Hindenburg, mozan in diesem Zusammenhang erinnert sei, nach dem Dierst überhanpt noch nicht wieder aufgenommen. Lediglich der König von Bulgarien hat ihm einen Besuch abgepflegt. Die regelmäßigen Vorträge aber nimmt der Reichspräsident nach wie vor entgegen.

Das Reich und Preußen.

Deutschnationale Reformpläne.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist am Dienstag vormittag zu einer Sitzung im Reichstag zusammengetreten, um zu der Frage der Reichsreform Stellung zu nehmen. Nach einem Vortrag Eugenbergs wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Deutschnationale Volkspartei lehnt bei aller Würdigung des kritischen Inhalts der Denkschrift des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ die darin enthaltenen Änderungs-vorschläge ab, soweit sie über die Forderungen der Deutschnationalen Parteivertretung vom 9. Dezember 1927 hinausgehen. Sie stellt ihrerseits folgende Forderungen auf:

Aufhebung des Artikels 54 der Verfassung und der entsprechenden Bestimmungen der Preussischen Verfassung und der übrigen Länderverfassungen.

Der Reichspräsident wird zugleich Preussischer Staatspräsident. Er ernennet als solcher auch die preussischen Staatsminister aus seinem Vertrauen unabhängig vom Preussischen Landtage.

Der Reichskanzler wird zugleich Preussischer Ministerpräsident.

Durch Änderung der Artikel 8—15 der Verfassung werden die gesamten Außenangelegenheiten, die gesamte innere Verwaltung und die darauf bezügliche Gesetzgebung und die gesamte Justizverwaltung der Zuständigkeit des Reiches entzogen und ausschließlich den Ländern vorbehalten. Der Preussische Minister des Innern und der Preussische Justizminister sind als Reichsminister des Innern und Reichsjustizminister Mitglieder des Reichskabinetts.

Dagegen wird der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Ministerien in das Reich gelegt.

Die preussische Staatsverwaltung steht unter einem Staatsminister, das sind folgende Minister: Reichskanzler, zugleich Preussischer Ministerpräsident (mit einem besonderen preussischen Staatssekretariat), 2. Preussischer Finanzminister (mit weitgehendem Vetorecht), 3. Preussischer Kultusminister, 4. Preussischer Minister des Innern (zugleich Reichsminister des Innern), 5. Preussischer Justizminister (zugleich Reichsjustizminister), 6. Reichsarbeitsminister (zugleich preussischer Arbeitsminister), 7. Reichslandwirtschaftsminister (zugleich Preussischer Landwirtschaftsminister).

Ein gesunder Finanzausgleich muß den Ländern die Möglichkeit der Erfüllung ihrer Aufgaben und die erforderliche Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit geben. Grundlage der Überweisungen muß neben dem Generalaufkommen der Länder ihr Umfang und ihre Schulförderzahl bilden.

Neue Aufgaben dürfen den Ländern und Selbstverwaltungskörpern vom Reich nicht auferlegt werden, ohne daß gleichzeitig für Deckung der entstehenden Unkosten gesorgt wird. Dem Reichs- und Preussischen Staatspräsidenten muß ein Einspruchsrecht gegen neue Ausgaben bezeugt werden.

Eine über das jetzige Maß hinausgehende Verteilung preussischer Reichsratsstimmen auf die Provinzen ist mit den Lebensinteressen des Preussischen Staates nicht vereinbar.

Pommerellen.

12. April.

Grudenz (Grudziadz).

× Ungarische Offiziere in Grudenz. Seit einiger Zeit...

× Die Parzellierungstätigkeit des Bezirksamtes in Grudenz...

× Die Zahl der Arbeitslosen in Pommerellen ging im allgemeinen...

× Über mangelhafte Qualität des Gases wird zurzeit hier in Konjunkturreisen...

× Aus dem Kreise Grudenz, 11. April. Das Kommissariat der Grenzwaide...

Bereine, Veranstaltungen 1c.

Deutsche Bühne Grudziadz. Auf die Nachmittags- und Freuden-Vorstellung...

Thorn (Torun).

× Der Wasserstand der Weichsel ging in den letzten 24 Stunden...

× Die erste frostfreie Nacht nach dem Osterfest war die zum Donnerstag...

× Einem Ganertrick zum Opfer gefallen. Sich der unangenehmen Beschäftigung...

hiesiger Bürger durch Klingeln an seiner Wohnungstür gestört. Der Einlassgehende war ein nicht gerade in bester Erinnerung stehender „alter Bekannter“.

× Der Polizeibericht vom 11. April meldet die Festnahme von je einer Person wegen Diebstahls und wegen Trunkenheit.

× Ein Einbruchdiebstahl wurde in die Wohnung des Bruno Rohde in der Jakobstraße verübt.

× Nur kurze Freude an seinem „billig erworbenen“ Smokinganzug erlebte ein gewisser K. C. von hier.

× Die Brieftasche gestohlen wurde dem Józef Prądkowski aus der Ritterstraße 13.

Bereine, Veranstaltungen 1c.

Die Deutsche Bühne Thorn wiederholt Sonntag (14.), nachm. 3 Uhr, im Th. Heim...

h. Gorzno (Gorzno), 11. April. Holzpreise. Am Dienstag hielt hier die staatliche Oberförsterei...

× Neuenburg (Nowe), 11. April. Nach längerer Verhandlung in letzter Zeit steht es nunmehr fest...

brauchen, dürften auch im Interesse des allgemeinen Verkehrs für Neuenburg durch obige Neueinrichtung nur Vorteile erwachsen.

× Schweg (Swiecie), 11. April. Schon wieder ist in unserem Kreise ein Selbstmord zu verzeichnen.

n. Aus dem Kreise Schweg (Swiecie), 11. April. Einer der in letzter Zeit in unserer Gegend verübten Raub- und Mordfälle...

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lodz, 11. April. Blutiger Kampf mit Eisenbahnräubern. Ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Eisenbahnräubern und einem Eisenbahnbeamten...

Freie Stadt Danzig.

* Tödliche Arbeitsunfälle. Gestern vormittag ist auf dem Maschinenbauamt Krakau der Arbeiter Johann Barckholz...

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Herde advertisement with image of a stove and text: In verschiedenen Größen empfohlen 1978/ Falarski & Radaike

Advertisement for 'Anzeigen jeder Art' and 'Deutsche Rundschau' with contact information for Falarski & Radaike.

Advertisement for J. Bayer, Dragasz, Moderne Herrenschneiderei, Beste Verarbeitung, Solide Preise.

Advertisement for Deutsche Bühne Grudziadz G. B. featuring 'Dolly' opera and contact information.

Am Donnerstag, dem 11. April, morgens 6 Uhr, entschlief plötzlich und unerwartet mein geliebter Mann, unser teurer Vater, Schwieger- und Großvater

Johannes Boldt

im 68. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Anna Boldt geb. Franz
Charlotte Schulz geb. Boldt
Herta Franz geb. Boldt
Dr. Walther Schulz, Allenstein
Richard Franz
und 4 Entfalkinder.

Montau, den 11. April 1929.

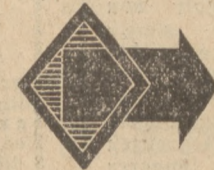
Die Beerdigung findet Montag, den 15. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Modrows Original - Saatkartoffeln

Modrows Original Professor Gisevius-Industrie
Modrows Original Preussen-Industrie
Modrows Original Ceres-Industrie (ausverkauft)
Modrows Original Industrie . . . (ausverkauft)

Um allen Landwirten die Möglichkeit zu geben, hochwertiges Saatgut kaufen zu können, habe ich ab sofort meine Preise für Original-Saatkartoffeln

auf 12,00 Zloty per 50 kg herabgesetzt!



H. MODROW
Original-Kartoffelzucht
Majątek Gwiździny
Nowemiasło nad Drwęcą (Pom.)

Heute entschlief nach jahrelangem schweren Leiden, im festen Glauben an ihren Erlöser

Fräulein Maria Graff

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau A. Schellpfeffer.
Bromberg, den 10. April 1929.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 13. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des evgl. luth. Friedhofes, Schubiner-Chaussee aus statt.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr. = F. = Freitauen.
Sonntag, den 14. April 29.
(Mitt.-Dom.)

Bromberg. Pauls-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Vikar Birchholz*. 11 1/2 Uhr Kindergottesd. Nachm. 5 Uhr Verammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindehaus. Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus. Pfarrer Wurmbach.

Evangel. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Seifert. 11 1/2 Uhr Abt.-Gottesdienst. — Dienstag, abds. 8 Uhr Plankonferenz-Versammlung im Konfirmandensale.

Christuskirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Wurmbach. — Fr. = F. — 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst. Montag, abds. 8 Uhr: Uebungsstunde d. Kirchenchors. — Mittwoch, abds. 8 Uhr Vereinsstunde des Jungmännervereins.

Kath.-Kirche. Franziskanerstr. 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Laßahn. 11 1/2 Uhr Abt.-Gottesdienst. Nachm. 7 1/4 Uhr Jugendbund. Nachm. 5 Uhr: Erbauungsstunde u. Blaukreuzversammlung.

Ev. luth. Kirche. Pölnenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Segelgottesdienst. Freitag, abds. 7 Uhr Bibelstunde. Pfarrer Paulig.

Ev. Gemeinsh. (früher Sibelstr. 8) Marcinkowflesko (Fischerstr.) 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Fischerstr. 8b. Vorm. 9 Uhr: Gebetsstunde. Nachm. 2 Uhr Sonntagschule. Nachm. 3 1/2 Uhr: Jugendbund. Nachm. 5 Uhr Evangelisation, Pred. Gnaul. Mittwoch, abds. 8 Uhr Versammlung für Mitglieder und Freunde der Gemeinschaft.

Baptisten-Gemeinde. Pomorska 26. Vorm. 9 1/2 Uhr Gottesdienst, Prediger Becker. 11 Uhr Sonntagschule. — Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. Nachm. 5 1/2 Uhr Jugendverein. — Donnerstag, abds. 8 Uhr Gebetsstunde.

Prinzental. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst. — Donnerstag, abds. 8 Uhr Bibelstunde in Blumens Kinderheim.

Jägerhof. Vorm. 11 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Kl. Barthelemy. Vorm. 10 Uhr Segelgottesdienst.

Wielno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst.

Ostelsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

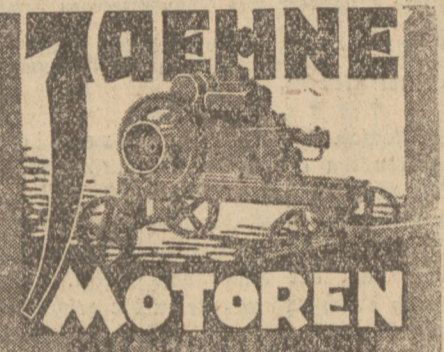
Weichelhorst. Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst.

Neußlöttau. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst. Pfr. Ruhn.

Malin. Vorm. 10 Uhr Missions-Gottesdienst und Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr Nachfeier. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr Missionsnäherein. Donnerstag, abds. 6 Uhr Bibelstunde.

Schubin. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst danach Abt.-Gottesdienst.

Znin. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst.



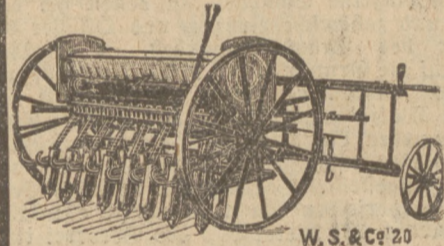
die ideale Antriebskraft für den Landwirt, ständig vorrätig.

Gebrüder Kamme
Bydgoszcz.



in allen Längen
„Phoenix“
Pomorska 8a.

Zur Saatbestellung



W. S. & Co 20

Drillmaschinen „Saxonia“ in allen Größen und Ausführungen.

Trockenbeizapparate und Beize

sofort vom Lager lieferbar.

Witt & Svendsen G. m. b. H.
Danzig, Langgarterhintergasse 6
Fernsprecher 24531 u. 24532.

Notenlagerer

empfiehlt in großer Auswahl sehr billig.

B. Sommerfeld, Pianofabrik
Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56. 441

Original-Ersatzteile



„von der Kühlerschraube bis zum Auspufftopf“ alles sofort ab Lager.

Auswärtige Bestellungen werden binnen 8 Stunden ausgeführt.

E. Stadie - Automobile
Gdańska 160 Bydgoszcz, Telef. 1602

Maether



Kinderwagen
A. Hensel,
Bydgoszcz,
Tel. 193 und 408.

Sämtliche Bauten spez. Scheunen-neubau mit allen Lieferungen, führt zu billigen Preisen sach- u. fachgemäß schnellstens aus
Holz Mast. Centrala Handlowa i Przemysłowa Sp. z o. o. Włocławek (Vandsburg) Pomorz. Tel. 25. Tel. 35.

Pfeffermiz-Bläzchen wie vor d. Krieg gehabt, offeriert Spezialfabrik F. Napiórkowski, Toruń. Bitte verlangen Sie Muster 5113

Der preiswerte Kinderwagen



PHÖNIX

Der moderne Kinderwagen



PHÖNIX

Der solide Kinderwagen



PHÖNIX

F. Kreski
Bydgoszcz
Gdańska 7.

Hackmaschinen Schmotzer Zukunft und Ventzki
Drillmaschinen Ventzki
Ackergeräte Ventzki
Düngerstreuer Ventzki und Deering
Kartoffel-Sortiermaschinen Dreyer
Kartoffelpflanz-Lochmaschinen
Unkraut-Feineggen Ventzki u. Neu Mecklenburg
Liefere sofort ab Lager Bydgoszcz 4030

Franz Kloos i Syn.
Telef. 1683 Bydgoszcz Gdańska 97

Beste ungarische Luzerne

98%, R. 93%, A. 10%, winterfest, für hiesiges Klima hervorragend geeignet, in Original-Säcken mit Attest, weiß plombiert, ferner Seradella, Widen 99%, R. 96%, A., Welschnuten, Lupinen liefert sofort preiswert

Agrar-Handels-Gesellschaft m. b. H.
Danzig, Mühlengasse 1. 4491

Original „Messer“ Schweißapparate

und Zubehörteile jeder Art und Größe
Liefert 3988

Otto Rosenkranz, Großhandlung für Fahrräder u. Ersatzteile
Tel. 911 Bydgoszcz Długa 5
General-Vertretung für Posen und Pommerellen.

Schindeldächer!

Neudeckung sowie Reparaturen werden sachgemäß unter Garantie und günstigen Zahlungsbedingungen ausgeführt. Besichtigung und Kostenanschläge kostenlos.

N. Klugmann, Danzig, Neue Mottlau 6
Schindelwerke. 3041

Evangelischer Erziehungsverein Poznań
Generalversammlung
im Saal des Evgl. Vereins junger Männer
am Mittwoch, dem 24. April, 11 1/2 Uhr:
1. Jahresbericht, 2. Jahresrechnung, 3. Etat,
4. Neubesetzung der Stelle des Vereinsgeistlichen.
5103 Der Vorstand.

Schubverein Deutsches Privat-Gymnasium
in Bydgoszcz.
General-Versammlung.
am Freitag, dem 19. April 1929, 6.30 Uhr,
im „Deutschen Haus“.
Tagesordnung:
Jahresbericht, Kaszenbericht, Erziehungswahl.
Falls die erste Versammlung nicht beschlußfähig ist, so findet 1/2 Stunde später eine zweite Versammlung statt, die unter allen Umständen beschlußfähig ist. 5139 Der Vorstand.

Konzert

am Dienstag, dem 23. April, abds 8 Uhr
im Zirkus, Danzigerstr. 160 a.

Geige: Frau Anna Landwehr. 5112
Klavierbegleitung: Herr Professor Bergmann.
Unter gütiger Mitwirkung des Schillerinnen-
Chors des Lyzeums unter Leitung von
Fräulein Kopiste.

Numerierte Eintrittskarten zu 4.—, 3.— und 2.— z., Schülerkarten zu 1.— z! in John's Buchhandlung und an der Abendkasse. Der Reinertrag dient zu Ferienreisen unbemittelter Schulkinder. **Deutscher Frauenbund.** 4922



Deutsche Bühne
Bydgoszcz I. 3.
Sonntag, den 14. April
nachm. 3 Uhr
zu ermäßigten Preisen

Lucia

od. Liebe an der Grenze.
Operette in 3 Akten von
E. B. Koll. Musik von
Walther Hengel.

Neuheit! Neuheit!

im Paradies

Schwank in 3 Akten von
Arnold und Bach.
Eintrittskarten
in John's Buchhand-
lung, Sonntag v. 11-1
Uhr u. eine Stunde vor
Beginn d. Aufführung
an der Abendkasse.
4922 Die Leitung.

Kino Kristal

Beginn: Wochentags
pünktl. 6.40 u. 9.00 Uhr.
Sonntags ab 3.20.
Normale Eintrittspreise
trotz gewaltig. Unkosten.

Heute, Freitag, Premiere!

Ein Film, der in der ganzen
Welt konkurrenzlos dasteht!
Das größte Ereignis in der
Kinematographie unt. Regie
des genialen Meister-
Regisseurs W. Turzanski.

Wolga, Wolga!

Gigantisches Filmkunstwerk illustr. die romantischen Begebenheiten des Stienka Razin.

In den Hauptrollen:

Lilian Hall Davis
H. A. Schlettow
Rudolf Klein Rogge
Roris de Fas

Riesenaufwand von Arbeit und Kapital.

Verblüffende
artistische Leistung.
**Neuzeitliche
Technik.**
Der Güte des Films
wegen enthalten wir
uns jeder weiteren
Reklame. 5114

Dieser Film muß unbedingt vom Anfang an gesehen werden.

Wir bitten Sie daher das verehrte Publikum um möglichstes Erscheinen vor Beginn der Vorstellung.
Der Film läuft seiner großen Länge wegen ohne Beiprogramm.
Deutsche Beschreibungen